



ARCHIWUM
LEGIONÓW
i N. K. N.

Nr 439

Oesterreich - Ungarn

und die

südslawische Frage

von

Slavicus



Ferd. Wyss
Verlag Bern

1917 •

FERD. WYSS, Verlag Bern

Dr. Max Beer, Das Regenbogenbuch.

Die europäischen Kriegsverhandlungen. Die massgebenden Dokumente chronologisch und sinngemäss zusammengestellt, übersetzt und erläutert. II. Auflage, 4.—6. Tausend. Preis M. (Fr.) 6. —, gebunden M. (Fr.) 10. —.

„**Berner Tagblatt**“ (Leitartikel). Das wertvolle Buch . . . das allen, die sich mit oberflächlichem Beurteilen des grossen Geschehnisses nicht begnügen, reiche Belehrung bietet und das wir dringend empfehlen können.

„**Der Bund**“ (Bern). Das Werk ist ein unentbehrliches Hilfsmittel, ein wertvolles Handbuch und ist jedermann zu empfehlen.

„**Kölnische Zeitung**“. Ein alle Akten umfassendes europäisches Regenbogenbuch, so dass der Leser in einem Bande das Wesentliche der sieben Bücher besitzt.

„**Fremdenblatt**“ (Wien). Dr. Max Beer hat da ein vortreffliches Hilfswerk geschaffen, das bleibenden Wert besitzt und einen ehrenvollen Platz in der Reihe jener Publikationen verdient, die sich mit der Vorgeschichte des grossen Krieges befassen.

Dr. Max Beer, Sir Edwards Greys Konferenzvorschlag und andere Streitfragen der diplomatischen Polemik, Preis M. (Fr.) 1. 25.

„**Berner Intelligenzblatt**“ . . . eine eingehende Darstellung des berühmten Grey'schen Konvergenzprojektes.

„**Bonner Zeitung**“. Eine lesenswerte Brochüre . . .

„**Dresdner Nachrichten**“. Eine bedeutsame Widerlegung der Erklärungen des engl. Staatssekretärs, die auf der streng wissenschaftl. Zusammenfassung der immer noch wenig bekannten diplomatischen Vorgänge fusst.

439

189. 415

Oesterreich-Ungarn

und die

südslawische Frage

von

Slavicus



Verlag Bern

1917



Alle Rechte vorbehalten

Druck von Tschannen & Züttel, Bern



I.

Die südslawische Frage gehört, wenigstens dem Anscheine nach, zu den jüngsten politischen Problemen Europas, denn für die grosse Oeffentlichkeit datiert sie erst ungefähr von der Annexionskrise der Jahre 1908 und 1909 an. Erst damals ist sie aller Welt als ein Problem kund geworden, dessen Lösung für Oesterreich-Ungarn eine Lebensfrage bedeutete, das sich aber auch als ein Explosionskörper erwies, der, unvorsichtig angefasst, imstande war, ganz Europa in Brand zu setzen.

Weiter und tiefer blickende Beobachter dieses Problems hatten freilich schon längst erkannt, dass seine vermeintliche Jugend in Wahrheit nur ein Trug war und dass es im Gegenteile schon auf eine ansehnliche Lebensdauer zurückblicken konnte. Man darf nämlich getrost behaupten, dass seine Geburt in die Zeit fällt, da der Niedergang der ottomanischen Herrschaft auf dem Balkan begann, und wenn man durchaus ein näheres Datum dafür haben will, so kann man als solches allenfalls den Frieden von Passarowitz (Posarevac) wählen, der, im Jahre 1718 abgeschlossen, nunmehr beinahe schon zwei Jahrhunderte hinter uns liegt. Er kann deshalb als das Geburtsdatum der südslawischen Frage angesehen werden, weil dieser Vertrag durch die Abtretung eines Teils von Bosnien, des nördlichen Serbien und der sogenannten „Kleinen Wallachei“ (westlich des Altflusses) an Oesterreich den ersten Gebietsverlust der Türkenherrschaft auf dem Balkan darstellt, so dass man ein gewisses Recht hat, den

offensichtlichen Verfall der ottomanischen Balkan-Herrschaft von diesem Friedensschlusse her zu datieren. Nebenbei bemerkt, hat der Vertrag von Passarowitz auch mit eindringlicher Deutlichkeit gezeigt, dass Oesterreich der erste, weil natürlichste, Anwärtler auf das Balkan-Erbe der Türkei gewesen ist.

Sieht man aber im Frieden von Passarowitz den sichtbaren Beginn des Verfalls der ottomanischen Balkan-Herrschaft, so kann man auch das Einsetzen der sogenannten „Orientalischen Frage“ von diesem Tag an datieren, der Frage: Wer wird die Erbschaft der Türkei antreten?

Damit war aber nicht nur die orientalische Frage aufgetaucht, sondern zugleich mit ihr auch die südslawische und neben ihr die griechische und rumänische, denn der Zerfall des Türkenreichs musste notwendigerweise die Emanzipation der Südslawen zur Folge haben (natürlich auch die der Griechen und Rumänen, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann).

Zunächst freilich blieb die südslawische Frage ausserhalb des Balkans noch unsichtbar, und auch den Südslawen selber schwebte sie nur in schattenhaften Umrissen vor. Wie bei der photographischen Reproduktion zeigte sich vorerst nur das Negativ-Bild: der Zerfall des Osmanenreichs; das Positiv-Bild, die Zukunft der Südslawen, musste sich erst entwickeln.

Die südslawische Frage ist also insofern eigentlich schon zweihundert Jahre alt, ja man kann sie sogar noch einige Jahre weiter zurückdatieren: auf das Memorandum Peters des Grossen an die europäischen Mächte, in dem er deren Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung der christlichen Balkanvölker durch die Türken lenkte; ferner auf die dieser Kundgebung folgende Entsendung eines russischen Emissärs nach Montenegro.

Dieser Gesandte, namens Miloradovic, hatte nämlich den Auftrag, die Crnagorzen gegen die türkische Oberhoheit aufzureizen und ihnen einzureden, dass sie frei seien und nur mehr dem russischen Zaren unterständen (1710—1716). Schon damals setzte demnach die russische Wühlarbeit auf dem Balkan ein, deren Endziel natürlich nicht die vorgeschützte Befreiung der dortigen Christen vom mohamedanischen Joche war, sondern vielmehr die Eroberung Konstantinopels durch die Mithilfe eben dieser Völker.

War die südslawische Frage demnach auch seit dem zweiten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts unleugbar schon vorhanden, so blieb sie doch während der ganzen übrigen Dauer dieses Jahrhunderts ein blosses Nebelbild, dem man in Europa — Russland ausgenommen — noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkte.

II.

Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts nahm die südslawische Frage schärfere Umriss an und liess keinen Zweifel mehr zu, dass man es da mit einer Erscheinung zu tun hatte, die einen bedrohlichen Umfang annehmen konnte. Allein weder in Wien, noch, was mehr bedeuten wollte, in Petersburg schenkte man ihr die Beachtung, die sie verdient hätte, da man anderweitig vollauf in Anspruch genommen war.

Was die Regierungen da und dort so sehr in Atem hielt, das war der furchtbare Dämon, der, dem brodelnden Hexenkessel der französischen Revolution entstieg, mit unheimlicher Eile zu ungeheuern Dimensionen angewachsen war und seinen finstern Riesen Schatten bald über ganz Europa geworfen hatte, mit

seinen gewaltigen Polypenarmen ländergierig nach allen Himmelsrichtungen langend: Napoleon.

Wie hypnotisiert starrten die entsetzten Blicke der Staatsmänner Europas auf diese Schreckgestalt, jeder nur von der einen Sorge erfüllt, sich ihrer zu erwehren.

So kam es, dass auch der Hilferuf der Serben ohnmächtig verhallte, die das unerträgliche Joch der Janitscharenhäuptlinge (der sogenannten „Dajy's“) abschütteln wollten und in der Erkenntnis der eigenen unzulänglichen Kräfte, ihre Blicke zuerst nach Oesterreich, dann nach Russland richteten. Es mutet heute wie ein sarkastischer Witz der Weltgeschichte an, dass just der Grossvater des gegenwärtigen Exkönigs Peter von Serbien, der Führer der aufständischen Serben, Georg Petrovic, genannt Kara Djordj, der schwarze Georg, es war, der sich im Jahre 1804 an Oesterreich um Hilfe wandte und sich, trotzdem er kein Gehör fand, nicht abschrecken liess, diese Bitte immer wieder zu erneuern. Er bot der österreichischen Regierung nichts Geringeres an als die Einverleibung Serbiens in das Habsburgerreich. Bei einer Zusammenkunft mit F. M. L. Baron Simbschen, dem Kommandierenden von Slavonien, den er um die Ueberlassung von Getreide, Munition sowie einiger Artilleristen bat — die Serben besaßen keine geschulten Leute für ihre Geschütze —, schloss er seine Anrede mit folgenden bedeutsamen Worten:

„Erwirke uns dieses von unserem rechtmässigen Kaiser und Vater und mache dann mit uns und mit Serbien, was du willst und was du glaubst, mit braven Soldaten machen zu können, die insgesamt bereit sind, mit dir bis nach Konstantinopel zu gehen.“*)

*) Adolf Beer, „Orientalische Politik“ S. 206 f.

Diese schlichten, treuherzig klingenden Worte verdienen im Hinblick auf die spätere hasserfüllte Wühlarbeit Serbiens gegen unsere Monarchie umso mehr festgehalten zu werden, als sie nicht nur die Gesinnung Kara Djordjs kundtaten, sondern auch die eines grossen Teils des serbischen Volkes, denn ohne diesen Rückhalt hätte Kara Djordj nicht so sprechen können, hätte er insbesondere seine Bemühungen, die kaiserliche Regierung für Serbien zu interessieren, nicht so hartnäckig fortsetzen, sie nicht immer wieder zur Einverleibung Serbiens ermuntern können.

Diese Bemühungen des damals in Serbien volkstümlichsten Mannes sind als der erste tatkräftige Versuch zur Lösung der südslawischen Frage anzusehen, wenn von dieser zu jener Zeit auch noch keine Rede gewesen ist. Dieser einfache Mann aus dem Volke, der vielleicht sogar Analphabet und gewiss bar jeder staatsmännischen Schulung war, erkannte eben mit seinem gesunden Hausverstande, man möchte fast sagen: instinktiv, besser als die zünftigen Diplomaten unserer Zeit, wo das Heil für sein Volk zu suchen war.

Allein er sprach, bat und beschwor vergebens. Er predigte in Wien tauben Ohren. Man wies ihn zwar nicht barsch ab, bewilligte ihm auch die erbetenen Lebensmittel; mehr aber tat man nicht. Für seine positiven Vorschläge hatte man nur vage, unverbindliche Vertröstungen, die sich auch in der Folge nicht zu Taten verdichteten, ja nicht einmal zu Versuchen dazu.

Heute, wo man die für unser Verhältnis zu Serbien so verhängnisvollen Folgen dieser Ablehnung in ihrem ganzen Umfang überblicken kann, wird man darin eine unverzeihliche Unterlassungssünde sehen und der Regierung in Wien den Vorwurf mangelnder Einsicht und Tatkraft machen.

Allein so kurzerhand darf man über die damalige Balkanpolitik Oesterreichs denn doch nicht den Stab brechen; Graf Cobenzl, der zu jener Zeit am Staatsruder sass, war keineswegs ein beschränkter Salon-diplomat. Was ihn abhielt, in das Schicksal Serbiens einzugreifen, war nicht ein Zuwenig an Einsicht, sondern bloss ein Zuviel an Vorsicht. Er betrachtete Serbien als ein „Noli me tangere“, und es lässt sich nicht läugnen, dass er zu dieser Vorsicht triftige Gründe hatte:

Am Bosphorus hätte man in jedem Versuch Oesterreichs, die Wünsche der serbischen Austrophilen zu verwirklichen, natürlich einen Angriff auf den Besitzstand des ottomanischen Reichs gesehen und sich dagegen nachdrücklich gewehrt. Nun war die Türkei damals aber, trotzdem ihre Machtmittel nicht mehr auf der frühern Höhe standen, noch immer ein sehr ernst zu nehmender Gegner. Das hatten die letzten Türkenkriege in den Jahren 1736—39 und 1788—91 gezeigt. Das krasse Missverhältnis zwischen den gewaltigen Menschen- und Geldopfern Oesterreichs und ihrem für dieses negativen Ergebnisse — trotz glänzender Waffentaten — war eben keineswegs darnach angetan, zu einer Wiederholung zu verlocken. Zudem stand die Pforte damals gerade unter dem Schutze Napoleons, der sich ihrer als Sturmbock gegen Russland bedienen wollte und den man nicht reizen durfte. Auch konnte ein Eingreifen Oesterreichs in Serbien einen Konflikt mit Russland heraufbeschwören, das sich seit Peter dem Grossen als Beschützer der Balkan-Christen aufspielte. So dürfte Graf Cobenzl kalkuliert haben.

Dieser Auffassung huldigte auch sein Nachfolger, Graf Stadion, und er wurde darin noch dadurch bestärkt, dass Russland durch seinen Gesandten in

Belgrad, Radofinikin, gegen Oesterreich wühlen liess, um die Bestrebungen Kara Djordjs zu vereiteln.

Ein Konflikt mit Russland wäre für Oesterreich aber umso schlimmer gewesen, als es ja vollauf zu tun hatte, sich Napoleons zu erwehren. Neben der Gefahr, die von diesem drohte, schrumpften in den Augen der österreichischen Staatsmänner alle andern politischen Angelegenheiten zu unbedeutenden Episoden zusammen, durch die man sich von der Hauptsache nicht ablenken lassen durfte.

Dieser Standpunkt hatte unleugbar eine gewisse Berechtigung. Dass die österreichische Regierung sich Kara Djordjs Anerbietungen gegenüber so passiv verhielt, ist demnach nicht ganz so unbegreiflich und sträflich kurzsichtig gewesen, wie es den Anschein hatte.

Einige Jahre später — 1810 — änderte sich die Sachlage allerdings insofern, als man in Wien nicht mehr zu besorgen brauchte, durch ein Eingreifen in Serbien den Groll Napoleons zu erregen; im Gegenteil, dieser selber war es jetzt, der Oesterreich die Besetzung Belgrads empfahl. Metternich, Stadions Nachfolger, liess sich dadurch aber nicht aus seiner Reserve herauslocken; ja er bewahrte sie sogar dann, als ihm bald darauf auch der Zar dies nahelegte und nicht nur die Besetzung Serbiens, sondern auch die der Walachei und des westlichen Theils der Moldau antrug. In Petersburg besorgte man nämlich, angesichts der Vermählung der Prinzessin Maria Louise, der Tochter des Kaisers Franz, mit Napoleon, dass dieser engen Verbindung der beiden Dynastien auch ein Bündnis folgen werde, das sich gegen Russland richten könnte, und dem suchte man vorzubeugen, indem man um Oesterreichs Freundschaft warb und es durch so weitgehende Zugeständnisse zu ködern trachtete.

Dass Metternich selbst diesem Angebote gegenüber in seiner Passivität verharrte, ist allerdings schwer zu begreifen und noch weniger zu billigen. Die wahrscheinlichste Erklärung für sein Verhalten ist wohl in einer tiefgehenden Abneigung gegen ein Heraufbeschwören von Balkan-Sorgen zu suchen. Als Vertreter des Legitimus an sich schon ein Gegner aller Losreissungsbestrebungen, dürfte ihm der serbische Aufstand gegen die türkische Herrschaft schon grundsätzlich wenig Sympathie eingeflösst haben. Hierzu kam aber noch, dass er zu einer Zertrümmerung des ottomanischen Reichs nicht die Hand bieten wollte. In dem geschwächten Zustande, in dem sich dieses infolge seiner immer wiederkehrenden Kämpfe mit Russland befand, brauchte er es nicht mehr zu fürchten, war ihm der einst so furchtbare Nachbar sogar zu einem erwünschten Anrainer geworden, mit dem er ohne zwingenden Grund nicht Streit beginnen wollte. Wenn der Zar ihm Serbien jetzt auch selber anbot, so war das in seinen Augen eben nur ein vom Zwange der momentanen Lage erpresstes Zugeständnis, das für Oesterreich zum Danaergeschenke werden konnte und das er darum lieber dankend ablehnte. *)

Ein neuerlicher Versuch, den eine nach Wien gesandte serbische Abordnung unternahm, um gegen ihre Unterdrücker Hilfe zu erbitten, blieb — wie eine vorher nach Petersburg gesandte — eben so erfolglos wie die frühern. Oesterreich gewährte den zahlreichen Flüchtlingen aus Serbien zwar ein Asyl innerhalb seiner Grenzen, aber nicht mehr.

*) Nicht lange darauf besetzten die Russen, die mit der Türkei Krieg führten, Belgrad, das sie ein Jahr später, 1812, nach dem in Bukarest mit der Pforte abgeschlossenen Frieden wieder räumten.

So ging für Oesterreich eine Gelegenheit vorüber, die südslawische Frage ihrer Lösung zuzuführen. Freilich wäre diese zunächst nur teilweise möglich gewesen, denn ausser den Serben gab es auf dem Balkan noch in Bosnien, der Herzegowina und Montenegro Südslawen (ungerechnet die Bulgaren, die ja ebenfalls Slawen sind, die im Süden leben, aber darum doch nicht Südslawen im engern Sinne des Wortes).

Aber wenn auch bloss Serbien, dem Antrage Kara Djordjs gemäss, an Oesterreich angegliedert worden wäre, so wäre damit doch der Stein ins Rollen gekommen, der, vom türkischen Reiche schon innerlich losgelöst, nur mehr eines Anstosses dazu bedurfte. Der Vorgang Serbiens hätte ihm seinen Weg vorgezeichnet gehabt und der würde nach Oesterreich geführt haben.

Ein so feiner Kopf Fürst Metternich auch war, die Bedeutung des Balkans für Oesterreich hatte er doch nicht in ihrem vollen Umfang erkannt; vielleicht auch nicht erkennen können, denn was wir heute leicht zu übersehen und zu beurteilen vermögen, weil es hinter uns liegt, ist damals vor ihm gelegen, in die dunklen Schleier der Zukunft gehüllt, und darum nur einem seherischen Blick erkennbar oder wenigstens ahnbar. Und so hat Fürst Metternich eben auch nicht wissen können, wie bitter sich diese Unterlassungssünde für Oesterreich noch rächen sollte.

Besser als er hatte Erzherzog Carl die Bedeutung der serbischen Bemühungen erkannt, denn er wies warnend auf die Gefahr einer Besetzung Belgrads durch die Russen hin; eine Gefahr, die, wie vorhin erwähnt, auch zur Tatsache wurde, wengleich nur vorübergehend.

Allein man schenkte in Wien seiner Stimme kein Gehör, und so ging für Oesterreich eine Gelegenheit verloren, wie sie so günstig nie wiederkehren sollte.

III.

Der Verfallsprozess der türkischen Herrschaft in Europa schritt langsam aber unaufhaltsam vor. Die unter ihrem harten Joche seufzenden christlichen Völker zerrten und rüttelten mit wachsender Ungeduld und Kraft an ihren Ketten. Die orientalische Frage begann in den europäischen Staatskanzleien die Tagesordnung zu beherrschen und für die leitenden Staatsmänner zu einem drückenden Alpe zu werden, der ihnen schwere Stunden bereitete und den sie nie mehr los werden sollten. Was dieses Problem so schwierig und gefährlich machte, war seine Kompliziertheit, denn unter der Bezeichnung orientalische Frage war ein Sammelbegriff einzelner „Fragen“ zu verstehen, von denen jede für sich ein heikles Problem darstellte. Da war die serbische, die bosnische Frage (inbegriffen die montenegrinische), die bulgarische, die der „Donaufürstentümer“ (Walachei und Moldau) und die griechische. Sie alle hingen wie ein Rattenschwanz zusammen, und die Diplomaten zerbrachen sich den Kopf, wie sie ihn lösen sollten, ohne dabei Konflikte heraufzubeschwören, die ganz Europa in hellen Brand setzen konnten.

Die griechische Frage war die erste, die ihre Lösung finden sollte. Nach neun Jahren (1821—1830) heftiger Kämpfe, bei denen die Westmächte, England und Frankreich, wie heute an der Seite Russlands gegen die Türkei kämpften, hatten die Griechen ihr Ziel erreicht: ein selbständiges griechisches Reich.

Auch Serbien und die beiden Donaufürstentümer lösten sich immer mehr von der türkischen Herrschaft los, doch gelang es ihnen erst nahezu vierzig Jahre später, sich soweit selbständig zu machen, dass sie nur mehr die Oberhoheit des Sultans anzuerkennen brauchten, im übrigen aber ziemlich selbständig wurden.

Auch Montenegro hatte sich von den Fesseln loszureissen gesucht, die es, wenn auch nur lose, an die Pforte knüpften. Doch hätte es diese Versuche bald mit seinem Untergange bezahlen müssen, denn dem ottomanischen Feldherrn Omer Pascha gelang es im Jahre 1853, den Widerstand der Montenegriner zu brechen, und es hätte das letzte Stündlein dieses Raubstaates geschlagen, wenn nicht Oesterreich sich seiner angenommen und der Pforte mit dem Einmarsch eines kaiserlichen Heeres gedroht hätte. Ein historischer Moment, an den im Hinblick auf die spätere Haltung Montenegros unserer Monarchie gegenüber nachdrücklich erinnert werden muss.

Als die heikelste „Frage“ aus dem Komplex der orientalischen Frage erwies sich immer mehr die bosnische. In ihr hat man auch den Kern der südslawischen Frage zu sehen, die sich in unsern Tagen zur wichtigsten auf der Tagesordnung der Balkan-Angelegenheiten entwickeln sollte.

Bosnien machte der österreichischen Regierung schon seit dem Frieden von Sistovo (1791) zu schaffen. In diesem war Oesterreich ein Landstreifen im nordwestlichen Bosnien, der sogenannten Krajina, zugesprochen worden, dessen mohamedanische (aber nicht türkische) Bewohner nicht unter christlicher Herrschaft stehen wollten, ihre Heimat verliessen und sich jenseits der Grenze niederliessen, von wo sie räuberische Ueberfälle auf österreichisches Gebiet unternahmen,

die sich tief nach Kroatien, ja selbst ins Krainische erstreckten und zu einer wahren Landplage der betroffenen Gebiete wurden. Da die Pforte diesem Unfuge weder ernstlich steuern wollte noch auch infolge ihrer wachsenden Schwäche konnte, sah sich die österreichische Regierung, deren traditionelle Langmut schliesslich denn doch ein Ende nahm, genötigt, selber Ordnung zu machen, und rüstete eine Strafexpedition unter F. M. L. Graf Lilienberg aus, die vorübergehend Ruhe schaffte (1831). Wenige Jahre später, 1835, trat diese Notwendigkeit von neuem ein. Im folgenden Jahre und, nach längerer Pause, im Jahre 1845, wiederholten sich diese Expeditionen.

Durch den bereits vorhin erwähnten schweren Konflikt Montenegros mit der Pforte im Jahre 1853, sah sich Oesterreich abermals in Mitleidenschaft gezogen und bereitete sich schon zu einem Einmarsch in Bosnien vor, der, als die Pforte der Drohung nachgab, jedoch unterblieb.

Dass es nicht dazu gekommen war, wurde in den militärischen Kreisen Oesterreichs bedauert, und dieses Bedauern entsprang nicht so sehr der Sehnsucht nach kriegerischen Lorbeeren, als vielmehr der Einsicht, dass das Interesse des Habsburgerreiches den Besitz Bosniens und der Herzegowina dringend verlangte, weil Dalmatien, so lange diese Länder in fremder Hand waren und sich in wahrhaft anarchischem Zustande befanden, schwer gefährdet war und förmlich in der Luft hing. Im Fall eines Krieges konnte seine Abtrennung vom Rumpfe des Reiches infolge seiner geographischen Lage vom Feinde leicht erzielt werden. Kein Geringerer als Radetzky war es, der dieser Ansicht in einer Denkschrift (vom 30. August 1856) Ausdruck gab und den Besitz Bosniens — und auch Serbiens! — für Oester-

reich im Hinblick auf Dalmatien als notwendig bezeichnete.

Aber nicht nur vom militärischen, auch vom nationalen Standpunkte wünschte man die Einverleibung Bosniens in das Kaisertum. Die Südslawen in Kroatien, Slawonien und Dalmatien waren es, die seinen Anschluss an diese Länder verlangten und damit eine Vereinigung der Mehrzahl aller Südslawen unter dem habsburgischen Szepter. Dieser Wunsch war unter den Kroaten, Slowenen und Serben des Reichs umso stärker, als seit den dreissiger Jahren des 19. Jahrhunderts unter ihnen eine solidarische Strömung entstanden war, die unter der Devise des „Illyrismus“ den Zusammenschluss aller Südslawen anstrebte und die nach den Jahren 1848 und 1849 noch stärker geworden war. Es war also nicht nur die militärpolitische Staatsraison des Habsburgerreichs, die die Einverleibung Bosniens heischte, sondern diese war auch ein Ziel des südslawischen Nationalgedankens.

Aber nicht blos das Interesse des Reichs, nicht blos der Wunsch der österreichischen Südslawen heischte diese Einverleibung: auch dort, wo man für Oesterreich ganz und gar keine Sympathien hegte, befasste man sich mit ihr im selben Sinne. Der italienische Publizist Graf Cesare Balbo war der Ansicht, dass man Oesterreich nicht zumuten solle, auf seine italienischen Provinzen zu verzichten, ohne es auf dem Balkan zu entschädigen, und Napoleon III. war derselben Meinung. Als Verfechter der Nationalitäten-Politik, musste ihm der Gedanke an diese Einverleibung, die eine Konsolidierung der Südslawen bedeutete, sympathisch sein. Er legte der Oesterreichischen Regierung diesen Tausch denn auch nahe, fand aber keine Zustimmung

bei ihr, denn sie huldigte den Balkanangelegenheiten gegenüber noch immer dem Metternich'schen Grundsätze des *Noli me tangere*; umso mehr, als sie damals, nach dem Kriege von 1859, noch keineswegs gewillt war, auch ihr letztes italienisches Besitztum, Venetien, herzugeben und auf die erste Rolle zu verzichten, die sie bis dahin im Deutschen Bunde gespielt hatte. Und so bewahrte man in Wien der bosnischen Frage gegenüber nach wie vor kühlste Zurückhaltung. Wenn die türkische Balkanherrschaft zusammenbrach, konnte und wollte man es nicht hindern; aber dazu die Hand zu bieten, war man noch weniger willens.

Erst die Ereignisse von 1866 schufen da gründlich Wandel. Die Rolle Oesterreichs in Deutschland und Italien war nun ausgespielt. Es musste sich um ein neues Arbeitsfeld für seine politische Tätigkeit umsehen, und da brauchte es nicht lange zu suchen; dieses Arbeitsfeld lag im Südosten, war der Balkan. Hatte es die Balkan-Politik bisher immer nur sozusagen mit der linken Hand betrieben, weil die rechte von den deutschen und italienischen Angelegenheiten vollauf in Anspruch genommen war, so musste es sich ihr von jetzt an mit voller Kraft widmen.

Im Auslande war man damit zumeist ganz einverstanden und sah in Oesterreich-Ungarn den präsumtiven, weil natürlichen, Erben des bosnischen Besitzes der Türkei. Und gerade der weitestblickende und mächtigste Staatsmann jener Zeit, Bismarck, sympathisierte lebhaft mit diesem Gedanken und soll ihn schon nach dem Frieden von Nikolsburg in Wien angeregt haben. *)

Ganz besonders aber war es — und das verdient besondere Beachtung — England, wo dieser Gedanke

*) A. Fournier, „Wie wir zu Bosnien kamen“, S. 4.

Anklang gefunden hatte. Es „konnte sich in den siebenziger Jahren nicht genügtun in verkappten und offenen Aufforderungen an das Wiener Kabinett, nur zuzugreifen. Beusts Versicherungen zufolge brachte man ihm in Downing Street, wo er als Botschafter ein- und ausging, jene türkischen Provinzen (Bosnien und die Herzegowina) förmlich auf dem Präsentierbrett entgegen.“ *)

Derselbe Gewährsmann, der eine hervorragende Stellung im Ministerium des Aeussern einnahm und dank ihr tiefe Blicke hinter die diplomatischen Kulissen jener Zeit tun konnte, behauptet ferner, dass selbst Russland damals „für jede Konzession“ der Einverleibung Bosniens in die Monarchie zugestimmt hätte.

Alle Welt sah eben dazumal hierin die einfachste Lösung der bosnischen Frage und nichts beweist überzeugender, dass sie eben die natürlichste, selbstverständlichste war, dass der Gedanke an sie damals gewissermassen in der Luft lag.

Oesterreich-Ungarn also, und nicht etwa Serbien, galt als berufen, diese Frage zu lösen. An Serbien dachte, von den Panlawisten abgesehen, niemand, denn selber ein wildes Chaos der Unordnung und fortwährend von politischen Konvulsionen erschüttert, war es der letzte Staat, der dazu berufen gewesen wäre, in einem andern Lande Ordnung zu schaffen.

Dass man auch in Bosnien und der Herzegowina selber die Befreiung von Oesterreich-Ungarn erhoffte und in diesem das rettende Asyl sah, das zeigte sich während der Reise, die Kaiser Franz Josef im Frühjahr 1875 durch Dalmatien unternahm und bei der die

*) L. v. Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers“ Bd. II, S. 7.

herzegowinischen Insurgenten ihm wie ihrem künftigen Erlöser huldigten.

Ueberzeugender noch sprach aber die Tatsache dafür, dass aus Bosnien und besonders aus der Herzegowina scharenweise und unaufhörlich Flüchtlinge über die Grenzen kamen, um sich auf dem Gebiete der Monarchie in Sicherheit zu bringen. Namentlich Dalmatien war von ihnen hiezu ausersehen, und Ragusa soll damals einem grossen Insurgentenlager geglichen haben. *) Bis zum Berliner Kongresse, Sommer 1878, erreichte die Menge dieser Flüchtlinge die beträchtliche Zahl von 200,000 Köpfen, deren Erhaltung die Monarchie nicht weniger als 10 Millionen Gulden kostete.

Nichts aber zeugte drastischer dafür, dass alle Welt in Oesterreich-Ungarn den Retter aus der Not sah, als die — heute fast märchenhaft klingende — Tatsache, dass selbst Nikita von Montenegro die Monarchie zu Annektierung der Herzegowina aufforderte (natürlich in der Voraussetzung, dass dabei auch für ihn ein tüchtiger Brocken abfallen werde).

Während man ausserhalb Oesterreich-Ungarns in diesem allgemein den künftigen Herrn jener Gebiete sah und dessen Einschreiten erwartete, zumal da die doch immer bedenklicher anwachsenden Wirren ein solches sehr geboten erscheinen liessen, blieb man auf dem Wiener Ballplatze nach wie vor kühl und zurückhaltend.

So sehr man in der Armee und bei den Südslawen den Tag herbeisehnte, da das Signal zum Einmarsche nach Bosnien ertönen werde; so sehr auch Kaiser Franz Josef mit diesem Gedanken sympathisierte: Graf Andrassy wollte hiervon nichts wissen. Er, der einstige

*) J. Kötschet, „Aus Bosniens letzter Türkenzeit“, S. 24.

Freiheitskämpfer, stand in dieser Frage ganz auf dem passiven Standpunkte des ultrakonservativen Fürsten Metternich. Wie dieser betrachtete auch er die Türkei als ein *Noli me tangere*, das jeder Staatsmann Oesterreich-Ungarns zu respektieren habe, und das zu erhalten für dessen Balkan-Politik als Dogma gelten sollte. Von diesem Grundsatz ausgehend, verhielt er sich allen Interventions-Wünschen und -Winken gegenüber durchaus ablehnend und hoffte, das Gewitter, das sich über dem Balkan immer drohender zusammenzog, dessen Grollen immer lauter, dessen Wetterleuchten immer greller wurde, durch diplomatische Noten, Memoranden und Konferenzen zu beschwören.

Vergebens. Das Unwetter brach los, und damit tauchte auch die von ihm so sehr besorgte Gefahr eines Zusammenstosses der Monarchie mit Russland auf, dessen panslawistische Agenten den Aufruhr unter den Christen der Balkanhalbinsel nach Kräften geschürt hatten. Da aber auch Russland einem Zusammenstosse mit der Monarchie aus dem Wege gehen und auf dem Balkan ungestörtes Spiel haben wollte, einigten sich die beiden Herrscher bei ihrer Zusammenkunft in Reichstadt (8. Juli 1876) dahin, dass im Falle die Türkei in dem Kampfe gegen Serbien, Montenegro und die aufständischen Bulgaren erliegen sollte, Oesterreich-Ungarn den grössten Teil Bosniens und der Herzegowina, Russland aber das südliche Bessarabien und Gebiete am Schwarzen Meere annektieren würde; die westlichen Bezirke Bosniens und Teile des Sandschaks Novi Bazar sollte Serbien, die südlichen Bezirke der Herzegowina und Spizza jedoch Montenegro erhalten.

Ein für die Monarchie besonders wichtiger Punkt des Abkommens war es, dass auf dem Balkan kein grosser slawischer Staat errichtet werden sollte, denn

sie konnte es nicht dulden, dass Russland auf dem Balkan eine russische Filiale etabliere.

Sollte die Türkei jedoch Sieger bleiben, so sollte der Status quo ante wieder hergestellt werden.

Wider Erwarten und Wünschen Russlands trat der zweite Fall ein: Serbien erlitt durch die türkischen Waffen Schlag auf Schlag und rief um Hilfe.

Russland richtete nun durch Entsendung eines Sondergesandten, des Grafen Sumarokow-Elston, an Oesterreich-Ungarn die Aufforderung, auf dem Balkan gemeinsam einzuschreiten, die Monarchie in Bosnien, Russland in Bulgarien.

Graf Andrassy lehnte jedoch mit der Begründung ab, er halte den Zeitpunkt für ein Einschreiten der Monarchie noch nicht für gekommen; erst wenn die Pforte sich weigere, die ihr von den Mächten vorgegeschlagenen Reformen durchzuführen, sei für die Monarchie ein Anlass gegeben, militärisch vorzugehen.

Eine von England angeregte Konferenz der Mächte in Konstantinopel, die auf dem Balkan Ordnung schaffen sollte, scheiterte nach mehr als einmonatiger Dauer kläglich, und Russland entschloss sich nun, da Oesterreich-Ungarn nicht mithalten wollte, allein gegen die Pforte vorzugehen.

Es unternahm den entscheidenden Schritt aber erst, nachdem es sich durch ein neuerliches Abkommen mit der Monarchie davor geschützt hatte, dass diese ihm in den Arm falle. Als Grundlage dieser in Budapest abgeschlossenen Vereinbarung diente die Reichstädter Konvention. Oesterreich-Ungarn sollte Bosnien und die Herzegowina erhalten und zwar nicht blos provisorisch; über den Sandschack Novi Bazar aber wollte man sich erst später einigen. Ferner wurde zwischen den Einflussphären beider Mächte eine Grenz-

linie angenommen, die den Timok aufwärts zum Vardar und mit diesem ans Aegäische Meer lief, sonach ganz Serbien mitinbegriff.

Dass die Türkei dem nun folgenden vereinigten Ansturme der Russen, Rumänen, Serben, Bulgaren und Montenegriner nach tapferer und ruhmvoller (Plewna!) Gegenwehr schliesslich erlag, war nur selbstverständlich. Als Russland seines Sieges sicher war, kehrte es sich nicht mehr an die mit der Monarchie getroffenen Vereinbarungen und glaubte auf dem Balkan nach Belieben schalten und walten zu dürfen. Es diktierte der Pforte in San Stefano — 26. Januar 1878 — einen Frieden, dessen Bestimmungen nichts anderes bedeuteten als die nahezu völlige Verdrängung der Türken vom Balkan und dafür die Etablierung der russischen Herrschaft daselbst, unter Ausschluss Oesterreich-Ungarns.

Russland schickte sich somit an, gerade das ins Leben zu rufen, was es nach den mit der Monarchie getroffenen Vereinbarungen nicht tun durfte: es wollte auf Kosten der Türkei ein Gross-Bulgarien, d. h. ein Klein-Russland errichten. Es gebärdete sich überhaupt, als hätte es mit der Monarchie über die Balkan-Angelegenheiten niemals bindende Vereinbarungen getroffen.

Erst jetzt trat Andrassy, durch diese Treulosigkeit und Anmassung Russlands erbittert, aus seiner Reserve heraus, erhob gegen den Vertrag von San Stefano Einspruch und setzte bei den Mächten durch, dass die Regelung der orientalischen Angelegenheiten auf einem Kongress erfolgen sollte. Widerwillig musste sich Russland fügen.

Auf dem in Berlin tagenden Kongresse wurden Bosnien und die Herzegowina der Monarchie zugesprochen, wobei man, um die Pforte zu schonen, für

die Besetzung dieser Gebiete den Ausdruck „Okkupation“ nicht „Annexion“ gebrauchte.

Nach der Durchführung dieser der Monarchie vom Kongresse gestellten Aufgabe schien die bosnische Frage gelöst und mit ihr der wichtigste Teil der südslawischen Frage überhaupt.

IV.

Sie schien gelöst, sie war es aber nicht, das zeigte sich dreissig Jahre später, als Oesterreich-Ungarn zur Annexion schritt.

In diesen dreissig Jahren war, von Russland mit allen Mitteln geschürt, der panslawistische Gedanke auf dem Balkan zu geradezu hypertrophischen Dimensionen angewachsen, und zwar war es eine ganz bestimmte Form, in der er sich da bestätigte: die grossserbische Idee, d. h. des Bestreben, alle Südslawen, nicht nur die des Balkans, sondern auch die der Monarchie, unter der serbischen Herrschaft zu vereinigen. Was die grossserbische Bewegung im Sinne hatte, war somit nichts anderes als eine Lösung der südslawischen Frage nach ihrer Weise. In der Wahl ihrer Mittel zeigten sich ihre Anhänger nichts weniger als wählerisch. Revolution, Mord und Krieg; das waren die Mittel, deren sie sich skrupellos bedienten und mit denen sie ihr Ziel zu erreichen hofften.

Das grösste Hindernis auf dem Wege zu diesem Ziele war natürlich Oesterreich-Ungarn, denn die Mehrzahl aller Südslawen lebte unter dem habsburgischen Szepter. Es galt also, sie zur Empörung gegen ihre rechtmässige Herrschaft zu reizen und diese zu stürzen.

In Oesterreich-Ungarn konnte man diese Hetz- und Wühlarbeit umso weniger übersehen, als sie mit grösster Dreistigkeit betrieben wurde. Lange, zu lange sah man ihr bloss aufmerksam zu, immer von dem Bestreben erfüllt, jeden Konflikt zu vermeiden und nicht an die riesige Dynamitbombe zu rühren, als die der Balkan den Staatsmännern in Wien mit Recht erscheinen musste. Namentlich seit der Enkel jenes Kara Djordj, der Oesterreichs treuer Partisan gewesen, den blutbesudelten serbischen Thron bestiegen hatte, gebärdete sich die grosserbische Propaganda so herausfordernd, dass man in Wien die Notwendigkeit erkannte, ihrem Treiben einen festen Riegel vorzuschieben. Dennoch sollte nicht diese Gefahr es sein, die den Anstoss zur Annexion gab, sondern die Revolution in der Türkei.

Als im Hochsommer 1908 die Jungtürken sich der Herrschaft am Bosphorus bemächtigten, entstand für die Monarchie die Gefahr, dass sie auch Bosnien und die Herzegowina als ihr Eigentum reklamierten.

Graf Andrassy hatte nämlich dadurch, dass er Bosnien und die Herzegowina nicht annektierte, wie ihm Bismark, Salisbury und später auch Schuwalow geraten hatten, sondern aus Schonung für die Pforte und aus Furcht vor Komplikationen bloss okkupierte, einen unklaren Zwitterzustand geschaffen und diese Länder in eine sehr bedenkliche Lage gebracht. Diese wurde um so bedenklicher, als er in der geheimen Konvention vom 13. Juli 1878 (während des Berliner Kongresses) und in der Konvention vom 21. April 1879, den Sandschak Novi-Bazar betreffend, der Pforte noch das Zugeständnis gemacht hatte, die Souveränität des Sultans über die okkupierten Länder als fortbestehend anzuerkennen.

Im Hinblick auf die hierdurch entstandene unklare und heikle Situation erkannte Graf Aehrenthal angesichts der jungtürkischen Revolution die Gefahr, die der Monarchie hieraus erwachsen konnte, und entschloss sich, dem bedenklichen Zwitterzustande mit einem Schlag ein Ende zu bereiten, indem er die bis dahin bloss okkupierten Länder für annektiert erklärte.

Er tat damit nichts anderes, als dass er einen schon seit dreissig Jahren bestehenden, von allen Mächten anerkannten Zustand für dauernd und endgiltig erklärte. Er zerbrach nur eine leere Form, die, weil sie keinen Inhalt mehr hatte, auch keine Daseinsberechtigung besass. *)

Welche Wirkung diese Erklärung hatte, ist noch in unser aller lebhafter Erinnerung und braucht hier nicht geschildert zu werden. Es sei hier bloss daran erinnert, dass just die zwei Mächte, die an der Spitze der gegen die Monarchie gekehrten Phalanx standen, England und Russland es gewesen waren, die sie dreissig Jahre früher zur Annektierung Bosniens und der Herzegowina ermuntert, ja gedrängt hatten.

Durch die Annexion hatte Graf Aehrenthal sozusagen zwei Fliegen mit einem Schlage getroffen: er hatte einerseits mit der Pforte klare — und für diese einträgliche — Rechnung gemacht, andererseits einen energischen Strich durch die grosserbischen Aspirationen auf die jetzt annektierten Länder getan. Wie richtig und wie notwendig dieser Strich gewesen war, zeigte das tolle Wutgezeter, das er in Serbien hervorrief. **)

*) Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns seit 1866“, Bd. II, S. 230.

**) Von serbischer Seite und im feindlich gesinnten Auslande ist bekanntlich behauptet worden, Graf Aehrenthal

Das wahnwitzige Gebahren Serbiens der Monarchie gegenüber wies diese mit warnendem Nachdruck auf die dringende Notwendigkeit hin, die südslawische Frage endlich zu lösen, und zwar dadurch, dass sie alle Südslawen unter einem Hute vereinigte, also auch die Bewohner Serbiens und Montenegros, denn nur dann, wenn sie auch über diese Länder Gewalt hatte, konnte sie dem reichsmörderischen Treiben, das dort seinen Herd hatte, ein Ende bereiten, konnte sie sich endlich die Ruhe verschaffen, deren sie nach den Er-

habe die grosserbische Propaganda nur erfunden, um einen plausiblen Vorwand für seine Eroberungspolitik und die Ländergier Oesterreich-Ungarns zu haben; eine Beschuldigung, die auch bei den Slawen der Monarchie vielfach Glauben fand und durch den Verlauf des sogenannten „Friedjung-Prozesses“ scheinbar bestätigt wurde. Der Historiker Heinrich Friedjung hatte nämlich das Treiben jener Propaganda publizistisch gebrandmarkt und war deshalb von der „Kroatisch-serbischen Koalition“ vor die Schranken des Gerichts gefordert worden, um diese Behauptung zu beweisen. Bei der Verhandlung erwies es sich nun, dass sich unter den von ihm vorgelegten Beweisstücken auch gefälschte befanden. Die Fälschung war ihm dadurch entgangen, dass er der serbischen Sprache, in der sie abgefasst waren, nicht mächtig war. Zudem war er im Hinblick auf die Herkunft der Papiere, die ihm vom Grafen Aehrenthal zur Verfügung gestellt worden waren, von ihrer Echtheit ebenso überzeugt gewesen wie dieser. Die Entdeckung der Fälschung verhalf den Anklägern und ihren Anhängern innerhalb und ausserhalb der Monarchie zu einem billigen Triumphe, denn sie stellten diese Tatsache als einen Beweis dafür hin, dass die vom Grafen Aehrenthal behauptete grosserbische Propaganda nur ein von ihm in machiavellistischer Weise benutzter Vorwand für seine Annexionsabsichten gewesen sei; ein „Beweis“ der seine Entstehung aber nur einem logischen Saltomortale dankte, denn der misslungene Beweis für das Vorhandensein einer Sache ist doch noch lange kein gelungener Beweis für ihr Nichtvorhandensein. Es sollte der Zukunft vorbehalten bleiben, diesen Trugschluss ad absurdum zu führen.

schütterungen der Annexionskrise so dringend bedurfte. Und sie hätte dies um so eher tun können, als Russlands Schwert damals „von Pappe“ war, wie Fürst Trubetzkoi später freimütig eingestand, und es, als Deutschland sich an Oesterreichs-Ungarns Seite stellte, im Bewusstsein der eigenen unzulänglichen Kraft, Serbien im Stiche liess. Da durch den diplomatischen Rückzug Russlands auch Italien, der treue Bundesgenosse der Monarchie, sich grollend genötigt sah, den schon heimlich gegen sie gezückten Meuchel-Dolch wieder zu versorgen; so hätte nichts sie daran hindern können, mit Serbien und Montenegro gründlich und für immer abzurechnen und durch ihre Einverleibung in den eigenen Staatsbereich auch die südslawische Frage zu lösen.

Allein auf dem Wiener Ballplatze blieb man auch jetzt noch der traditionellen Abstinenz-Politik Cobenzls und Metternichs treu, und um allen Zweifeln und Verdächtigungen die Spitze abzubrechen, erklärte Graf Aehrenthal vor den Delegationen mit besonderem Nachdrucke, dass Oesterreich-Ungarn „saturiert“ sei und an Neuerwerbungen nicht denke. Und das war nicht etwa nur eine hinterhältige diplomatische Phrase, sondern die volle Wahrheit. Das hatte schon die Rückerstattung des Sandschaks an die Pforte bewiesen. Man hielt in Wien die Erhaltung des Friedens eben für noch wichtiger als die Lösung der südslawischen Frage.

Man liess sich von diesem zum Dogma gewordenen Grundsatz österreichisch-ungarischer Balkan-Politik auch durch die dreistesten Provokationen von Seiten Serbiens nicht abbringen und sah selbst dann mit verschränkten Armen regungslos zu, als im Herbst 1912 der Balkankrieg ausbrach.

Erst als der Erzherzog-Thronfolger, Franz Ferdinand, mit seiner Gattin den meuchlerischen Kugeln eines von der grosserbischen Idee fanatisierten Mordbuben zum Opfer fiel, erst da trat die Monarchie endlich aus ihrer Zurückhaltung heraus.*) Jetzt konnte, jetzt durfte sie nicht länger untätig bleiben, jetzt musste sie handeln!

Doch auch jetzt noch dachte sie nicht an Landgewinn. Auch wenn Serbien auf die Bedingungen des Ultimatus nicht eingehen sollte, wollte sie seine politische Selbständigkeit nicht vernichten, sondern es bloss züchtigen. So blieb sie ihrer friedlichen Enthaltensamkeitspolitik bis zur letzten Stunde treu.

Aber die Verhältnisse erwiesen sich stärker als ihr Friedenswille. Für ihre Feinde waren die Schüsse von Sarajevo das Alarmsignal zum konzentrischen Angriff auf sie, und so kam es zum Weltkriege, den wir heute noch schauernd miterleben. Serbien ist nach anfänglichen Erfolgen vom Schicksal in Gestalt österreichisch-

*) Darin, dass Erzherzog Franz Ferdinand sozusagen ein Opfer der südslawischen Frage geworden ist, zeigt sich wieder die Ironie der Weltgeschichte, diesmal in tragischer Form. Gerade er war nämlich sehr darauf bedacht gewesen, sie zu lösen und zwar womöglich auf friedliche Weise. Sehr mit Unrecht hat man in ihm den Anwalt einer Blut- und Eisenpolitik gesehen. Er hat sogar während der Annexionskrise, wo für die Monarchie wahrlich begründeter Anlass gewesen wäre, militärisch einzuschreiten, einer friedlichen Lösung des Konflikts das Wort geredet, eine Tatsache, die hier mit Nachdruck festgestellt sei. Man darf daher getrost behaupten, Serbien habe es im Frühjahr 1909 nicht zuletzt ihm zu danken gehabt, dass es seine staatliche Selbständigkeit weiter behalten durfte. Der Dank dafür war seine Ermordung. — Diese war zugleich auch die überzeugendste Rechtfertigung für Graf Aerenthal; vernichtender als durch diesen Mord konnte die Verläumdung, er habe die grosserbische Propaganda nur erfunden, um einen Vorwand für die Annexion zu haben, nicht mehr Lügen gestraft werden.

ungarischer und deutscher Truppen ereilt und völlig niedergeworfen worden; desgleichen Montenegro. Sie haben es nicht anders gewollt.

Und jetzt, da Oesterreich-Ungarn — gegen seine Absicht — Serbien unschädlich gemacht hat, sieht es sich vor die Notwendigkeit gestellt, endlich auch die südslawische Frage zu lösen, der es in seiner Friedensliebe so lange aus dem Wege gegangen ist. Der Krieg hat dieses Problem, das bis dahin ein chronisches Uebel gewesen ist, zu einer akuten Krise geführt, und die Zeit der diplomatischen Mixturen und politischen Pflaster ist für immer vorbei. Nur mehr eine gründliche Operation kann helfen, und die heisst Annexion. Serbien und Montenegro müssen als selbständige Staaten von der Landkarte verschwinden; nicht weil Oesterreich-Ungarn es will — es hat, wie wir gesehen haben, für seine Enthaltensamkeit wahrhaft übermenschliche Proben erbracht — sondern weil es muss.

Muss! Sein Selbsterhaltungstrieb fordert es 'gebieterisch. Oder soll es ruhig zugeben, dass der serbische Mörderstaat aufs neue erstehe und sich abermals an den Grenzen der Monarchie ein Feuerherd bilde, dessen Funken unablässig ins eigene Land sprühen und hier Brände und Explosionen hervorrufen würden? Das hiesse die eigene Existenzberechtigung verneinen. Es wäre Wahnwitz, wollte Oesterreich-Ungarn dies zulassen.

Die Monarchie muss Serbien und Montenegro sich einverleiben, weil sie die südslawische Frage lösen muss, die für sie zu einer Lebensfrage geworden ist. Annektiert sie diese Länder, so hätte sie damit alle Südslawen unter ihrem Szepter vereinigt, und der alte „illyrische“ Traum der Südslawen würde zur Wirk-

lichkeit werden. Kroaten, Serben, bosnische „Türken“ und Slowenen wären beisammen. *)

Die Angliederung Serbiens und Montenegros an Oesterreich-Ungarn wäre aber nicht nur die einzige für dieses mögliche Lösung der südslawischen Frage, sondern auch die selbstverständliche, weil von der Logik der Tatsachen diktierte.

Wäre es an sich schon unnatürlich, wenn sich die jetzt einer Grossmacht angehörenden Südslawen einem Kleinstaat anschlossen, so würde es zum krassen Widersinne werden, wenn die nahezu 7 Millionen österreichisch-ungarische Südslawen sich an den kaum mehr als die Hälfte zählenden früheren serbischen Staat anschlossen, statt umgekehrt. **) Ein derartiges Umstossen des Schwergesetzes der Zahl wäre um so widersinniger, als Serbien auch noch eine ganz exzentrische Lage besitzt, sich somit auch geographisch nicht als Kern eines südslawischen Reiches eignen würde.

*) Nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung verteilen sich die Südslawen der Monarchie folgendermassen:

| | |
|--|----------------|
| Kroaten, in Kroatien-Slawonien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn Dalmatien, Küstenland | rund 2,800,000 |
| Serben, ebenda, ausgenommen das Küstenland „ | 2,000,000 |
| Bosnische Mohamedaner (serb. Stammes) „ | 600,000 |
| Slowenen, in Krain und Küstenland . . | 1,300,000 |
| Zusammen | rund 6,700,000 |

Hiezu kämen in den von den k. u. k. Truppen besetzten 10 Kreisen Altserbiens (nach der Zählung vom 10. Juli 1916) 1,380,000 (genau 1,373,511) Einwohner; in den 3 Kreisen des ehemaligen Sandschaks Novi Bazar 150,000 (genau 155,484), in dem durch den Kreis Djakova-Ipek erweiterten Montenegro aber 440,000 (genau 436,491) d. i. zusammen rund 2 Millionen (genau 1,965,486), davon bloss etwa 1% Nicht-Serben.

**) Serbien zählte vor dem gegenwärtigen Kriege (nach Hübners Tabelle) [rund 4,450,000 Köpfe, Montenegro 440,000, wovon aber in Neuserbien wohl über eine Million Bulgaren, Griechen, Albanesen und Aromunen abzurechnen ist.

Durch die Angliederung Serbiens an die Monarchie würde deren Machtsphäre übrigens nicht einmal in dem Masse ausgedehnt werden, als sie in der Budapester Konvention von 1877 zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland vereinbart worden war (bis zum Timok und Vardar).

Dass die südslawische Frage nur durch Einverleibung Serbiens und Montenegros gründlich zu lösen ist und nicht umgekehrt durch den Anschluss der in der Monarchie lebenden Südslawen an Serbien, also durch die dann zur notwendigen Voraussetzung werdende Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns; das liegt, sollte man meinen, nach alldem auf der Hand. Eine dritte Lösungsmöglichkeit aber gibt es nicht.

* * *

Dass einsichtige Köpfe auch ausserhalb der Monarchie, und zwar im feindlichen Lager, diese Lösung der südslawischen Frage trotz grösster Sympathien für die Serben als die vernünftigere betrachten, beweisen die Ausführungen des Engländers Seton-Watson, eines Publizisten, der die Monarchie als britischer Agent bereist hat und ihre nationalen Verhältnisse gründlicher kennt und richtiger beurteilt, als die meisten Leute in der Monarchie selbst. Er schreibt in seinem trotz aller Parteilichkeit hervorragenden Werk über die südslawische Frage:

„Das Problem, um das es sich allein handelt, ist, in welcher Weise sie (die Lösung) erzielt werden wird, und hier stehen wir vor zwei Möglichkeiten. Die Einigung kann entweder innerhalb oder ausserhalb der habsburgischen Monarchie erreicht werden. Entweder mit ihrer Hilfe und unter ihrer Führung oder gegen sie, durch Bezwingung ihres Widerstandes . . .“

Seton-Watson erörtert dann die Aussichten der grosserbischen Bestrebungen, wobei er unter anderem schreibt: „selbst wenn wir für einen Augenblick annehmen, dass die Erfüllung der grosserbischen Träume wünschenswert sei.“ Er hält ihre Erfüllung demnach nicht für wünschenswert. Des weitern führt er aus, dass der Kampf für Serbien gegen die, wie er mit Nachdruck bemerkt, fälschlich als morsch verrufene Monarchie allein völlig aussichtslos sein würde, aber selbst mit Grossmächten im Bunde nur „im Falle einer entscheidenden Niederlage der Zentralmächte“ möglich wäre. Er fasst sein Urteil über die Lösung der südslawischen Frage nach der grosserbischen Idee dann mit den Worten zusammen: „Kurz gesagt, das grosserbische Ideal kann nur durch einen Weltbrand erreicht werden; dieser Umstand, ganz abgesehen von allen andern Gründen, sollte genügen, ihm die Sympathien aller nüchtern Denkenden zu entziehen.“

Wohlgemerkt! Das hat ein Engländer und ausgesprochener Freund der serbischen Nation (vor dem Kriege) geschrieben!

Sapienti sat.



FERD. WYSS, Verlag Bern

Joseph Bertourieux, Die Wahrheit.
(Deutsche Uebertragung von „La Vérité“.)
Preis M. (Fr.) 4. 50.

„Züricher Post“. Die Arbeit eines Mannes, der mit seinem Namen dafür einsteht, und dessen Franzosentum welsche Blätter prompt aber vergeblich anzweifelten. . . . die schlichte Sprache des ernstesten Suchers, des gequälten Patrioten.

„Berner Tagblatt“. . . . entwickelt ein franz. Schriftsteller seine Ansichten über die Entstehung und die Folgen des Krieges und zwar in einer so ungewohnten und freimütigen Weise, dass man wohl sagen kann, mit solcher Offenheit und Folgerichtigkeit hat bisher noch kein franz. Literat geredet.

„Vossische Zeitung“ (Berlin). Ist es schon ein Novum, dass ein Franzose die absolut friedlichen Absichten Deutschlands seit 46 Jahren unbedingt anerkennt . . . Er erhebt gegen die wahnwitzigen Verleumdungen blinden Hasses Protest . . .

„Münchener Neueste Nachrichten“. Ein Buch, das man sich auch in Deutschland näher ansehen sollte.

„Deutsche Warte“ (Berlin). . . . das Buch, dessen Ergebnisse ein vernichtendes Urteil über die jetzigen Machthaber Frankreichs bilden.

Hollands Not. Vier Briefe an den Niederländ.
Uebersee-Trust mit einer S. S. S. Parallele.
Preis M. (Fr.) 1. —.

„Berner Tagblatt“. Eine sachliche, tendenzlose Darstellung.

„Leipziger Tageblatt“. Eine Schrift von aktuellem Interesse.

FERD. WYSS, Verlag Bern

E. Ott, Krieg und Geld. Ein Vortrag. Preis
M. (Fr.) 1. —.

„Der Bund“ (Bern). Eine verdienstvolle Veröffentlichung.

Gust. v. Pacher, Wer gibt Antwort?
Schlichte Kriegsfragen. Preis 50 Pfg. (Ct.).

**Dr. Jak. Ruchtli, Zur Geschichte des
Kriegsausbruches.** Preisgekrönte Ar-
beit des hist. Seminars der Universität Bern.
Preis M. (Fr.) 1. —.

„Schweiz. Militärzeitung“. Wir bekennen es offen, noch nie
etwas gelesen zu haben, das mit solch zwingender Logik
und glänzender Dialektik das Thema ausschöpft, wie die
Broschüre Ruchtis.

„Mündner Zeitung“. . . . mit ungewöhnlicher Klarheit und
wissenschaftlicher Sachlichkeit

„Strassburger Post“. Eine sehr beachtenswerte neutrale Veröffentlichung.
Diese sachliche Aufklärung ist sehr dankenswert.

**Jul. H. West, Deutschland der Stören-
fried.** Feststellungen eines Neutralen.
Preis 60 Pfg. (Ct.).

„Berner Tagblatt“. . . . Er zeigt das Ungerechte und Schiefe
in der Beurteilung der deutschen Verhältnisse.

„Der Landbote, Winterthur“. . . . eine Schrift, die unsere be-
sondere Beachtung verdient. Das Buch macht den Ein-
druck grösster Ehrlichkeit.

„Wiener Zeitung“. Der Verfasser ist ein scharfer Beobachter
und hält sich fern von Schönfärberei.